„Der Courier"
ist die führende deutsche Zeitung Canadas.

Der Bezugspreis für die an jedem Mittwoch erscheinende 16 seitige Ausgabe beträgt jährlich nur $1.00 bei Vorausbezahlung.
Der Bezugspreis für das an jedem Sonnabend erscheinende „Extrablatt" beträgt jährlich $1.00 nur gegen Vorausbezahlung.
Man schreibe an den „Courier", P. O. Box 505, Regina, Sask., oder komme persönlich in unsere Geschäftsräume zur Druckerei: 1855 Halifax Strasse, Regina.
Beschwerden werden jederzeit entgegengenommen.
Anzeigen haben den größten Erfolg.
Nachweislich 19,234 Leser!
Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

Der Courier

Organ der Deutsch-Canadier

"The Courier"
is the leading German paper in Canada.

Subscription price for the regular 16 page issue appearing every Wednesday $1.00 yearly in advance only.
Subscription price for the Saturday special issue "Extrablatt" $1.00 yearly in advance.
Address: "The Courier", P. O. Box 505, Regina, Sask. Or call at our offices and printing plant 1855 Halifax St., Regina.
Ads are always successful, as "The Courier" is far the best medium to reach the many prosperous German-Canadians in cities and country districts throughout the Canadian West.
German farmers are progressive and possess an enormous buying power. You want this trade! Advertise in "The Courier."
19,234 subscribers
Advertising rates on application.

8. Jahrgang | Regina, Saskatchewan, Mittwoch den 7. Juli 1915 | Nummer 36

Zwei Attentate Werk desselben Mannes

Bombe explodiert im amerikanischen Bundeskapitol. Multimillionär J. P. Morgan durch zwei Revolverschüsse verletzt

Attentäter wollte durch beide Taten gegen die Munitionsausfuhr der Vereinigten Staaten nach Europa protestieren

Morgan ist amerikanischer Agent der britischen Regierung

Washington. — Eine gewaltige Explosion, von der man annimmt, sie rührte von einer Bombe oder Höllenmaschine her, demolierte Freitag kurz vor Mitternacht den öffentlichen Empfangssaal auf der Offiziete des Kapitols. Es wurde niemand verletzt.

Die Detonation war mehrere Meilen weit hörbar. Die Kapitolswächter, die im Dienst standen, alarmierten sofort die Washingtoner und die Bundesgeheimpolizei, die ganze Umgebung des Saales wurde abgesperrt und niemand außer Beamten zugelassen. Wie sich zeigte, waren alle Fenster des großen Saales zerschmettert, und von der Decke und den Wänden war der Bewurf abgefallen, während die Möbelstücke alle starke Beschädigung aufwiesen.

Der Superintendent des Kapitols, Woods, wurde sofort von den geradezu von einer Panik befallenen Wächtern herbeigeholt, der die erste Untersuchung vornahm und dann telephonisch einen Sachverständigen auf dem Gebiet der Explosivstoffe zur Stelle brachte. Ein mächtiger Wandspiegel und Kristallkandelaber sind zerstört und durch die Gewalt der Explosion waren die Türen aufgerissen worden, darunter eine, die nach dem Bureau des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten führt und, wie man sagt, seit vierzig Jahren nicht mehr aufgeschlossen worden war.

Der Knall war eine Meile weit zu hören, und nach wenigen Minuten schon hatte sich eine Menschenmenge angesammelt.

Manche Beamte glaubten, die Explosion sei das Werk eines unverantwortlichen Menschen, dem es nur darum zu tun gewesen sei, Aufsehen zu machen, andere aber waren der Ansicht, es könne sich um die Tat einer Person handeln, die ihre Mißbilligung über die Politik der amerikanischen Regierung in der einen oder anderen Sache demonstrieren wollte. Offenbar lag kein Anschlag auf Menschenleben vor, da bekanntermaßen das Zimmer zur Nachtzeit leer ist.

Attentat auf J. P. Morgan

Glen Cove, L. I., 3. Juli. — J. P. Morgan, der Chef der bekannten New Yorker Bankfirma, wurde am Samstag auf seinem Landsitz bei Glen Cove auf Long Island von einem Mann, der sich Frank Holt nennt, durch zwei Schüsse verwundet, die bis jetzt nach der Angabe der Aerzte nicht besonders bedenklich sind.

Der Täter ist nach seiner eigenen Aussage in den Ver. Staaten geboren, gemischt — deutscher und französischer Abkunft, und schon seine Eltern sind hier im Lande geboren; er war zuletzt Dozent an der Cornell-Universität und sollte im Herbst die Leitung der französischen Abteilung der methodistischen Universität in Dallas, Tex., übernehmen. Nach seiner Angabe hatte Holt die Absicht, Morgan zu bestimmen, dafür zu sorgen, daß die Munitionssendungen aus amerikanischen Fabriken nach Europa aufhören; er gibt an, den Bankier durch die Schüsse nur habe schrecken zu wollen, und sprach nach seiner Verhaftung die Hoffnung aus, daß Morgan nicht schwer verletzt sein möge. Letzterer ist an zwei Stellen in der Nähe der Hüfte verwundet, war aber noch imstande, zusammen mit dem Hausmeister mit dem Angreifer zu ringen, bis die Dienerschaft zu Hilfe kam, die diesen überwältigte und der Polizei übergab.

Holt hatte, als er in die Morgansche Wohnung eintrat, einen Revolver in der Hand, einen zweiten in der Tasche, außerdem fand man in einer anderen Tasche eine Stange Dynamit bei ihm, und in einer nachher aufgefundenen Handtasche weiteres Dynamit und eine Menge Zeitungsausschnitte, die von dem europäischen Krieg handelten. Er erklärte, er habe die Absicht gehabt, mit Morgan über die Einstellung der Munitionslieferungen zu reden, aber [illegible] Mühe zu geben, ehe dieser „etwas getan habe".

Glen Cove, L. I., 3. Juli. — Der Mann, der sich Frank Holt nennt und am Samstag Morgen J. P. Morgan auf dessen Landsitz auf Long Island durch zwei Schüsse verwundete, sagte am Samstag Abend Richter Lumsing, dem er wegen des Attentats auf Morgan vorgeführt wurde, und Thomas Tunney, dem Chef der Abteilung für Bomben und anarchistische Attentate der New Yorker Geheimpolizei gegenüber aus, er sei der Mann, der auch die Höllenmaschine gelegt habe, durch die der Empfangssaal des Senatsflügels im Bundeskapitol in Washington in der Nacht von Freitag auf Samstag demoliert wurde. Der nach seiner Angabe doppelte Attentäter gab den beiden Beamten eine ziemlich genaue Beschreibung seiner Höllenmaschine, die er auf Grund von langen Versuchen einfach, aber sehr sinnreich und wirksam zusammengestellt haben will.

Inzwischen wurde der Polizei von der „Washington Times" ein dort eingetroffener Brief zugestellt, der nach dem Poststempel am Freitag Abend gegen 10 Uhr aufgegeben worden sein muß, und der die Explosion ankündigte. Der Schreiber, der sich als „R. Nearce" unterzeichnet hat den Brief anscheinlich schon am 1. Juni geschrieben, also längere Zeit auf Gelegenheit für seine Tat gewartet. Der etwas verworren geschriebene Brief handelt des längeren von der Munitionsausfuhr nach Europa und bezeichnet die Explosion im Kapitol als „das Ausrufezeichen hinter seinem Appell um Frieden." Er sagt u. a., man solle ja die Schuld nicht auf die Deutschen oder Bryan schieben; er sei ein altmodischer Amerikaner „mit einem Gewissen, falls es nicht Sünde sei, ein Gewissen zu besitzen". Man solle jedem Lande die Herstellung seiner Mordwerkzeuge überlassen. Es tue ihm leid, daß er zu Sprengstoff greifen müsse, er hoffe aber, es sei das letzte Mal; der Sprengstoff sei indes von der für die Ausfuhr bestellten Sorte, und er hoffe, daß es genügend Lärm machen werde, die Stimmen derer, die nach Krieg und Blutgeld schreien, zu übertönen. Der Brief schließt mit einer Aufforderung, die Frage der Munitionsausfuhr, die er als ein riesiges amerikanisches Verbrechen bezeichnet, einer Volksabstimmung unterbreiten.

New York, 3. Juli. — Als die Nachricht von dem Attentat auf Morgan im Finanzviertel New Yorks bekannt wurde, erhob sich sofort die Frage, ob dasselbe am Ende auf Morgans Tätigkeit in Verbindung mit dem europäischen Krieg zurückzuführen sei. Bekanntlich ist die Firma J. P. Morgan & Co. der Agent der britischen Regierung für den Ankauf von Munition und Kriegsmaterial hierzulande.

Erst in den Morgenblättern am Samstag war ausführlich der Plan einer Gruppe von Bankiers, an deren Spitze Morgan stand, besprochen worden zur Flüssigmachung von hundert Millionen Dollars für die neue britische Kriegsanleihe hier in Amerika.

Eine arbeitsreiche Session

Die am 24. Juni zu Ende gegangene Sitzungsperiode des Provinzialparlamentes von Saskatchewan, die ungefähr sieben Wochen andauerte, hat in dieser verhältnismäßig kurzen Spanne Zeit eine ungewöhnlich große und in vieler Beziehung hochbedeutsame Arbeit auf gesetzgeberischem Gebiet geleistet. Die wichtigsten und auch erregtesten Debatten drehten sich um die Frage der Neuregelung des Verkaufes alkoholhaltiger Getränke und des Hotelwesens. Man kann gewissermaßen sagen, daß die ganze Session unter dem Zeichen dieser Debatten stand.

Zwei neue Gesetze, das Alkoholverkaufs-Gesetz und das Hotel-Gesetz gaben Anlaß zu diesen ausführlichen und oft recht lebhaften Auseinandersetzungen in der Volksvertretung der Provinz. Beide Gesetze wurden nach Annahme einiger und nach Ablehnung einer ganzen Reihe von Abänderungs-Anträgen im wesentlichen so angenommen, wie sie von der Regierung eingebracht worden waren. Die Wirkung dieser Gesetze auf das wirtschaftliche Leben der Provinz wird sich zweifellos als eine tief einschneidende gestalten.

Vor zwei Wochen beschäftigte sich der „Courier" in einem Leitartikel mit den Gründen und Ursachen, die die Regierung und liberale Mehrheit des Parlamentes zur Vorlage und Annahme dieser beiden Gesetze bestimmt haben. Da die Regierung beide Gesetze, sowie auch ausführliche Erklärungen zum Alkoholverkaufs-Gesetz in deutscher Sprache drucken lassen wird, die kostenlos an alle Personen abgegeben werden, die sich dafür interessieren, kann sich jeder unserer Leser in wenigen Wochen durch eigenes Studium der Gesetze und der Aufklärungsschrift ein klares Bild von dem schaffen, was jetzt über die so wichtigen Fragen des Verkaufes alkoholhaltiger Getränke und des Hotel-Betriebes gesetzlich für die Provinz Saskatchewan festgelegt ist. Auch der „Courier" wird noch wiederholt diese Fragen behandeln.

Während diese beiden Gesetze voraussichtlich noch für längere Zeit den Gegenstand lebhafter Erörterungen in allen Teilen der Provinz bilden werden, und während die Meinungen darüber noch sehr geteilt sind und die Auffassung der großzügigen u. tief greifenden Neuerung noch keineswegs geklärt ist, hat die Regierung mit Unterstützung ihrer starken liberalen Mehrheit im Hause in der letzten Sitzungsperiode eine weitere Anzahl wichtiger gesetzlicher Neuerungen zur Annahme gebracht, die sicherlich den ungeteilten Beifall der Bevölkerung unserer Provinz, besonders aber des Farmerstandes finden werden.

Obgleich Hotel- und Alkoholgesetz viel mehr in den Vordergrund des öffentlichen Interesses getreten sind, erscheint uns das neue Farmmaschinenverkaufs-Gesetz als das bei weitem wichtigste Produkt der gesetzgeberischen Tätigkeit der Regierung unseres Parlamentes während der letzten siebenwöchentlichen Session. Die kapitalistischen Interessen, repräsentiert durch die reichen Maschinengesellschaften des Ostens ließen kein Mittel unversucht, die Annahme dieses Gesetzes zu verhindern. Die liberale Scott Regierung wahrte jedoch voll und ganz ihren seit Jahren wohlbefestigten, guten Ruf, eine Regierung für den Farmer zu sein, und setzte die Annahme des Gesetzes durch. Wie den Lesern unserer Zeitung aus verschiedenen Artikeln und ausführlichen Berichten bereits bekannt ist, hatte die Regierung eine Kgl. Untersuchungskommission eingesetzt, um diese Frage gründlich im besten Interesse des schwer arbeitenden Farmerstandes und in einer Weise lösen zu können, die, weil auf eingehende Voruntersuchungen und beste Sachkenntnis gestützt, eine dauernde Regelung eines der wichtigsten Probleme für den Farmer bedeutet.

Die Agenten gewisser Maschinengesellschaften verstanden es sehr gut, dem Farmer ihre Waren anzupreisen und ihm vorzureden, wie leicht seine Companie ihm die Zahlungsbedingungen machen würde. Hatte dann der Farmer einen der Bandwurm-Kontrakte mit einer Unmenge in kleiner Schrift gedruckten Bestimmungen, die der Co. d. alle Rechte gaben, unterschrieben, so saß er in der Schlinge, die von der Maschinengesellschaft nach Belieben zugezogen werden konnte. Das neue Gesetz schützt den Farmer vor den Companien und ihren Agenten. Diese dürfen sich beim Abschluß von Geschäften nur eines Formulares bedienen, das von der Regierung vorgeschrieben ist. Auch der Frau des Farmers, die Last und Arbeit unserer wackeren Farmerpionierin teilt, wird das neue Gesetz gerecht. Ehe nämlich zur Sicherstellung eines Kontraktes der Farmer sein Land oder Inventar durch Hypothek der Maschinengesellschaft verpfänden kann, ist die Zustimmung der Frau erforderlich.

Das Schulgesetz, sowie die Bestimmungen über Steuereinschätzung und Besteuerung seitens der Schuldistrikte wurden einer gründlichen Revision unterzogen und in konsolidierter Fassung endgültig festgelegt. Die Regierung wird auch dieses, jetzt vollständig vorliegende Gesetz, das alle Zusätze und Aenderungen der letzten Jahre enthält, in deutscher Sprache drucken lassen, was sicherlich Tausenden unserer deutschen Steuerzahler, die an der Schulfrage interessiert sind, vor allem aber unseren vielen deutschen Schulvorstehern in allen Teilen der Provinz hoch willkommen sein wird, da es ihnen Gelegenheit gibt, sich selbst die sicherste Informationen über alle von diesem Gesetz betroffenen Fragen zu verschaffen.

Auch die Gesetze, die ersteus die städtischen Verhältnisse, zweitens die Verwaltung der Ortschaften (towns), drittens die Verwaltung der Dörfer (villages) regeln, wurden revidiert und durch Zusätze verbessert. Beim Stadtgesetz verdient die Tatsache besondere Erwähnung, daß die Zusammensetzung der städtischen Polizeikommission gesetzlich festgelegt worden ist. Vielen dürfte noch erinnerlich sein, welch unliebsame Blüten der Kampf über die Zusammensetzung der Polizeikommission in der Stadt Regina zeitigte.

Das Gesetz über ländliche Munizipalitäten wurde gleichfalls durch verschiedene Zusätze verbessert. Außerdem wurde ein neues Gesetz geschaffen, das die Bildung eines Instituts der geprüften Sekretäre ländlicher Munizipalitäten vorsieht.

Das landwirtschaftliche Genossenschaftsgesetz, das sich seit der kurzen Zeit seines Bestehens so außerordentlich im wirtschaftlichen Interesse des Farmers bewährt hat, wurde ebenfalls revidiert und durch Zusätze verbessert, die sich in der praktischen Anwendung des Gesetzes als notwendig herausgestellt hatten, um dem Farmer eine noch wirkungsvollere Ausnützung der durch das Gesetz gebotenen Vorteile zu ermöglichen.

Auf Wunsch der Getreidebauer Vereinigung wurde ein Spezialgesetz geschaffen, durch welches diese machtvolle Standesorganisation der Farmer als eine Handel treibende Genossenschaft gesetzlich anerkannt wird.

Ein weiteres Gesetz ermöglicht es der Regierung, unter vereinfachten Bedingungen den Farmern Hilfe zu gewähren, wo immer Mangel an Saatgetreide herrscht.

Ein sehr gründlich ausgearbeitetes Gesetz beschäftigt sich mit verloren gegangenem Vieh, und wird sich gleichfalls als wertvoll für den Farmer erweisen.

Das gleiche gilt von dem umfangreichen Companie-Gesetz. Folgende Gesetze wurden revidiert und durch Zusätze verbessert:

Gesetz über munizipale Hagelversicherung. Gesetz über öffentliche Gesundheit. Eigentumsbesitztitel-Gesetz. Das Gesetz über Eintreibung kleinerer Schuldbeträge. Letzteres wird in ein oder zwei Wochen in deutscher Sprache gedruckt vorliegen und seitens der Regierung an jede interessierte Person abgegeben werden.

Außer diesen wichtigeren Arbeiten auf gesetzgeberischem Gebiete ergänzte und verbesserte das Parlament noch eine Reihe anderer Gesetze und nahm verschiedene Entwürfe an, die sich mit lokalen Verhältnissen in verschiedenen Teilen der Provinz (Inkorporierung von Privatgesellschaften) beschäftigt.

Es ist sicher bedauerlich, daß durch das Geschrei über das Alkohol-Gesetz die sonstige Tätigkeit des Parlamentes und die wirklich sehr bedeutsamen Produkte derselben, wie wir sie oben angeführt haben, so stark in den Hintergrund treten. Wir sind jedoch überzeugt, daß unsere Farmer anerkennen werden, daß die liberale Regierung und Parlamentsmehrheit ihren alten guten Prinzipien, die Gesetzgebung den Wünschen und Interessen des Farmerstandes anzupassen treu geblieben ist. Saskatchewan ist und bleibt eine nahezu rein landwirtschaftliche Provinz. Vom Wohlergehen des Farmers hängt der Fortschritt des Landes und unseres gesamten wirtschaftlichen Lebens ab. Niemand hat das klarer erkannt als die liberale Regierung und Partei unter Führung von Premier Scott.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Vor Warschau

London, 4. Juli. — Eine Depesche aus Petersburg an die Reuter'sche Telegraphengesellschaft lautet:

„Ein großer Teil der Zivilbevölkerung verläßt Warschau, um die militärischen Operationen nicht zu behindern.

„Deutsche Aeroplane werfen Zettel nach Warschau hinein, auf denen steht, daß die Stadt innerhalb eines Monats im Besitz der Deutschen sein werde.

„Man hat in Erfahrung gebracht, daß die Deutschen Listen prominenter Leute, die sie wegen ihrer russenfreundlichen Gesinnung zu hängen beabsichtigen, aufgestellt haben."

London, 4. Juli. — Man schätzt, daß General von Mackensens Truppen fünf Meilen täglich in nördlicher Richtung in Galizien und Polen vordringen bei ihrem kolossalen und kühnen Unternehmen, einen Keil in das russische Zentrum zu treiben, die Russen von der Weichsel zu verdrängen und sie über den Bug zurückdrücken, um dadurch die Truppen des Großfürsten in zwei Teile zu reißen, mit Tausenden von Acker Sumpf und Marschland zwischen denselben. Sogar die britische Presse gibt zu, daß die Russen, wenn die Deutschen und Oesterreicher ihre Fortschritte noch eine weitere Woche aufrecht erhalten können, Warschau aufgeben müssen und damit zugleich ihre ganze Linie. In der Zwischenzeit ziehen die Deutschen mehr Truppen in den baltischen Provinzen zusammen, und die augenblicklichen Kämpfe dort scheinen anzudeuten, daß die Deutschen eine gemeinsame Aktion zu Land und zu Wasser beabsichtigen, jedoch ist es auch möglich, daß die Operationen zur See nur ein Scheinmanöver waren.

Im südöstlichen Galizien kämpfen die Russen hartnäckig und werden dort durch eine bedeutende Anzahl parallel laufender Flüsse begünstigt. Den Deutschen und Oesterreichern mag das Vordringen dort äußerst teuer zu stehen kommen.

Eine Erklärung

Vatikan bezeichnet kürzlichen Bericht französischen Korrespondenten als teilweise erfunden.

Rom. — Der „Corriere d'Italia" veröffentlichte ein Interview mit dem päpstlichen Staatssekretär, Kardinal Gasparri, das hier umso größeres Aufsehen hervorrief, als es sich ausschließlich mit den kürzlichen Aeußerungen des Papstes dem Vertreter der Pariser „La Liberte", Louis Latapie gegenüber, befaßte.

Der Staatssekretär hatte unter anderem folgendes zu sagen:

„Herr Latapie hat einige Aeußerungen schwerwiegender Natur, die er dem Heiligen Vater in den Mund legte, vollständig erfunden. Sie dürfen nicht vergessen, daß eine Phrase, die in Verbindung mit anderen gebraucht wurde, nicht den Gedanken des Themas wiedergeben kann, wenn sie vereinzelt angeführt wird; oder was noch schlimmer ist: Sie muß das, was gesagt wurde, völlig entstellen.

„Nehmen Sie beispielsweise die Frage der Geiseln. Welche Verwirrung! Die Sache wird so hingestellt, als hätte sich der Pontifex in einem Atem mit den Juden in Galizien, die von den Russen mißhandelt wurden, den österreichischen Priestern in Cremona, die von den Italienern gefangen genommen wurden, und den belgischen Prälaten befaßt. Mit bezug auf die Juden konnte der Vatikan Rußland nicht verdammen, solange nur die Anklage Oesterreichs vorlag. Bezüglich der gefangenen Priester erhielt der Vatikan die Versicherung, daß man sie mit weitestgehender Rücksichtnahme behandle.

„Was den angeblichen Brief des deutschen Gouverneurs von Belgien, Generals von Bissing, anbelangt, so hat weder der Heilige Vater noch der Staatssekretär jemals einen derartigen Brief erhalten. Der Papst konnte sich daher nicht darauf beziehen, und er tat es auch nicht. Das Schreiben entsprang ausschließlich der lebendigen Einbildungskraft des Herrn Latapie.

„Noch verwickelter gestaltet aber Herr Latapie die Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Italien. Die tatsächlichen Ansichten des Pontifex lassen sich folgendermaßen schildern:

Rom und der Vatikan

„Es ist wahr, daß der Papst wünschte, Italien möge auf der Grundlage österreichischer Zugeständnisse dem Konflikt fernbleiben, da er Italien vor den Schrecken des Krieges bewahren wollte. Als aber der Krieg einmal erklärt war, wurde die Kirche vollständig neutral. Sie versuchte nicht, die Katholiken an der Erfüllung ihrer Gewissenspflicht zu hindern, und sie tat alles in ihren Kräften stehende für die geistige Wohlfahrt der Soldaten. Der Pontifex erkennt an, daß die italienische Regierung alles vermeidet, was Schwierigkeiten mit dem Heiligen Stuhl verursachen würde.

Der Lusitaniafall

„Der Heilige Vater beklagte den Untergang der „Lusitania". Er konnte sich aber darüber nicht direkt aussprechen, da es sich für ihn um die Frage einer Tatsache handelte, über die beide Parteien verschiedene Angaben machten.

Persönlich sah ich Herrn Latapie nur einige Minuten lang. In dieser kurzen Zeitspanne wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und dem Heiligen Stuhl nicht erwähnt. Es wäre besser gewesen, hätte Herr Latapie das Versprechen gehalten, das er mir gab, nichts ohne vorherige Vollmacht zu veröffentlichen. Da aber das formelle Versprechen nicht genügte, um den Heiligen Stuhl vor so bedauernswerten Indiskretionen zu schützen, wird Herr Latapie die Ehre genießen, der letzte Journalist gewesen zu sein, den der Heilige Vater während der Dauer des Krieges empfangen hat."

Großer Dampfer torpediert

Britisches Schiff mit 1422 Maulesln und einer Anzahl Pferdepflegern, darunter mehrere Neger, die amerikanische Bürger waren, gesunken.

Washington. — Der Frachtdampfer „Armenian" von der Dominion Linie, der die britische Flagge führte und mit einer Ladung Maultieren von Newport News, Va., nach England unterwegs war, wurde Montag Nacht durch das deutsche Unterseeboot „U-38" auf der Höhe von Cornwall, England, torpediert und zum Sinken gebracht und fast zwanzig Amerikaner, die sich als Stallknechte an Bord befanden, haben der Meldung zufolge das Leben verloren. Diesbezügliche Depeschen liefen im Staatsdepartement von dem amerikanischen Konsul in Bristol, John S. Armstrong, jr., ein. Neunundzwanzig Mann kamen bei der Episode um und zehn wurden verwundet.

London, 1. Juli. — Die Abendausgaben der Londoner Zeitungen brachten nichts über die Tatsache, daß die „Armenian" ein Transportdampfer der britischen Admiralität war, sondern sprachen nur von dem Untergang des „Levlanddampfers, ein Vorfall, der in den Vereinigten Staaten wieder eine ungeheure Sensation hervorgerufen habe."

Um neun Uhr abends traf aus Washington die Nachricht ein, daß der amerikanische Botschafter in London das Staatsdepartement längst über den eigentlichen Charakter des Schiffes aufgeklärt hatte.

Washington, 1. Juli. — Obgleich von der Levland-Linie mit der Behauptung operiert wird, daß die „Armenian" ein friedliches Handelsschiff war, hat Botschafter Page dem Staatsdepartement davon Mitteilung gemacht, daß nach Auskunft der britischen Admiralität der Dampfer in deren Auftrag fuhr. Der amerikanische Konsul Armstrong in Bristol hat an die Botschaft nach London berichtet, daß 21 von den 29 verlorenen Mannschaften Amerikaner waren.

Avonmouth, 1. Juli. — Die „Armenian" hatte bei ihrer Versenkung 1422 Maultiere an Bord, die für die französische Armee bestimmt waren. Die Besatzung des Schiffes zählte 72 Mann; außerdem fuhren 96 Pferdeknechte mit.

Als das Unterseeboot gesichtet wurde, versuchte die „Armenian" ihm auf allmögliche Art und Weise zu entgehen, ohne der Aufforderung, beizudrehen, auch nur die geringste Beachtung zu schenken. Sie steigerte ihre Geschwindigkeit aufs Aeußerste und versuchte mit dem Bug auf das Boot zuzuhalten.

Die Versuche waren jedoch vergeblich. Das schnellere Boot umkreiste den Frachtdampfer und der deutsche Kommandeur forderte durch das Megaphon den Kapitän auf, sich zu ergeben.

Selbst dann noch fuhr der Kapitän mit seinen Fluchtversuchen fort, um dem deutschen Unterseeboot ein Schnippchen zu schlagen. Vielleicht wäre ihm das gelückt, wenn nicht, als das Boot nach Mißachtung seiner Aufforderung das Feuer eröffnete, ein Geschoß durch das Decklicht in den Maschinenraum gedrungen wäre und die Maschinerie zum Stillstand gebracht hätte. Dann erst ergab sich die „Armenian".

Hierauf wurden die Boote herabgelassen, um die sich die Mannschaft und die 70 Pferdeknechte drängten. Ein Geschoß traf die Taue, als eines der Boote noch in der Schwebe hing. Die Insassen wurden ins Wasser geschleudert und ertranken wahrscheinlich. Fünf Boote stießen vom Schiff ab. Erst nachdem alle von Bord waren, feuerte das Tauchboot zwei Torpedos gegen die „Armenian", die binnen 30 Minuten sank. Die Ueberlebenden ruderten in den Booten bis Dienstag Morgen umher, wurden dann von einem Dampfschlepper aufgenommen und nach Avonmouth gebracht.

Nach der Versenkung der „Armenian"

London, 1. Juli. — Von den Ueberlebenden des Dampfers „Armenian" von der Levland-Linie gab heute H. Benton eine Schilderung des deutschen Tauchbootangriffs.

„Das Unterseeboot", so erzählte Benton, „gab Schuß auf Schuß auf uns ab, bevor es den Torpedo abfeuerte. In der ganzen Ausdehnung des Decks platzten Geschosse, töteten mehrere Mann und verletzten andere. Wir fuhren den Bristolkanal hinauf, als wir des deutschen Bootes ansichtig wurden. Kapitän Tricker ließ Volldampf geben und schlug einen Zickzackkurs ein. Auf diese Weise ließ er das Boot 20 Minuten lang nicht zu Schuß kommen. (Die „Armenian" hat eine Geschwindigkeit von 14 Knoten). Ich stand nahe dem Steuerrad, als das Feuer begann, auf das niemand gefaßt war. Alle hatten sich an Deck zusammengedrängt, um das Wettrennen zu genießen. Ein Geschoß schlug mitten in die Menge ein und schleuderte mehrere Mann ins Wasser.

„Wir kümmerten uns so gut wie möglich um die Verwundeten. Nachdem das Schiff von einem Torpedo getroffen worden war, dauerte es nicht mehr lange mit ihm. Es kenterte und ging mit dem Heck zuerst unter."

Von den Verwundeten, die sich in Bentons Boot befanden, starben vier, doch war sich der Erzähler nicht sicher, ob alle durch das Feuer verwundeten vor dem Untergang der „Armenian" in diesem Boot untergebracht worden waren.

Enorme Verluste

Berlin, drahtlos nach Sayville, 3. Juli. — Militärschriftsteller haben ausgerechnet, daß die Russen vom 2. Mai bis zum 27. Juni 1630 Offiziere und 520,000 Mann als Gefangene, sowie 300 Feldgeschütze, 770 Maschinengewehre und ein unzählbares Kriegsmaterial in den Händen der Deutschen belassen haben.

Keine Hoffnung

New York, — Präsident Wilson hat keine Hoffnung auf baldigen Frieden in Europa.

Donnerstag erstattete ihm Oberst E. M. House, sein persönlicher Freund und nichtamtlicher Gesandter nach Europa, Bericht über seinen Aufenthalt in den Hauptstädten Europas, wo er eingehende Unterredungen mit verantwortlichen Beamten der deutschen, britischen und französischen Regierung hatte.

Oberst House erklärt, daß er beobachtet habe, daß in manchen Ländern Europas die öffentliche Meinung auf Bedingungen für eventuellen Friedensschluß bestehe, die, wie die Regierungen der betreffenden Länder wissen, von ihren Gegnern nicht angenommen werden würden.

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Für unsere Freunde und Leser

haben wir in Verbindung mit den Geschäftsräumen unserer Zeitung ein

Auskunftsbüro, Notariats- und Versicherungsgeschäft

eingerichtet.

Wir besorgen Bürgerpapiere, Heiratslizenzen, Auskünfte aller Art, Lebens-, Feuer-, Sturm-, Unfall-, und Hagelversicherung, Notariatsbeglaubigungen, Testamente usw. Nach Beendigung des Krieges werden wir Schiffahrtskarten verschiedener Linien von und nach Europa zum Verkauf haben.

Prompte und reelle Bedienung ist unser Geschäftsprinzip.

Wer sich wegen Auskunft irgend welcher Art an uns wendet, lege 25c für Beantwortung und Deckung der Unkosten sofort bei.

Man adressiere:

Courier, Department A.
P. O. Box 505 Regina, Sask.